



→ Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuerliche Organschaft

Zahlung erforderlich

Voraussetzung für die Anerkennung einer körperschaftsteuerlichen Organschaft ist, dass die Organgesellschaft sich durch einen Gewinnabführungsvertrag verpflichtet, ihren ganzen Gewinn an den Organträger abzuführen. Der Gewinnabführungsvertrag muss auf mindestens fünf Jahre abgeschlossen und während seiner gesamten Geltungsdauer durchgeführt werden. Dazu müssen die nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ermittelten Gewinne tatsächlich durch Zahlung oder Verrechnung an den Organträger abgeführt werden. Für eine Verrechnung ist die bloße Einbuchung einer Verpflichtung in Höhe des abzuführenden Gewinns bei der Organgesellschaft und einer gleich hohen Forderung beim Organträger nicht ausreichend. Vielmehr muss es zu einer wirksamen Aufrechnung z. B. mit bestehenden Forderungen kommen. Denn nur eine Aufrechnung steht einer tatsächlichen Zahlung gleich.

(Quelle: Beschluss des Bundesfinanzhofs)

→ Körperschaftsteuer

Pensionszusagen

Auf Erdienbarkeit achten

Damit eine Altersversorgungszusage einer GmbH an ihren Gesellschafter-Geschäftsführer steuerlich anzuerkennen ist, muss diese u. a. von diesem noch erdienbar sein. Bei einem beherrschenden Gesellschafter verlangt dies, dass der Zeitraum zwischen der Zusage der Pension und dem vorgesehenen Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand mindestens noch zehn Jahre beträgt. Ein nicht beherrschender Gesellschafter kann die Pension noch erdienen, wenn vom vorgesehenen Zeitpunkt der Pension aus gesehen der Beginn seiner Betriebszugehörigkeit mindestens zwölf Jahre zurückliegt und die Versorgungszusage für mindestens drei Jahre bestanden hat. Ist die Pension nicht mehr erdienbar, sind die Zuführungen zur Pensionsrückstellung regelmäßig steuerlich nicht als Betriebsausgaben anzuerkennen, sondern stellen verdeckte Gewinnausschüttungen dar.

Ausnahmsweise kann eine nicht mehr erdienbare Altersrente steuerlich anzuerkennen sein. Das gilt z. B. für den Fall, dass die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit der letzten Pensionszusage mehr als 20 % beträgt.

Die vorgenannten Grundsätze gelten auch bei einer nachträglichen Dynamisierung einer Alterszusage. Für die Frage der Erdienbarkeit ist auf den frühestmöglichen Eintritt in den Ruhestand abzustellen. Ob der Geschäftsführer tatsächlich noch zehn Jahre im Dienst bleibt, ist unerheblich.

(Quelle: Urteil des Finanzgerichts Hamburg)



→ Handelsrecht

Frist 31.12. 2016

Offenlegung der Jahresabschlüsse 2015

Unternehmen, die ihren Jahresabschluss veröffentlichen müssen (z. B. GmbH oder GmbH & Co. KG), müssen die Frist zur Veröffentlichung beachten. Der Abschluss muss spätestens vor Ablauf des zwölften Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres offengelegt werden.

Diese Unternehmen müssen mit Ordnungsgeldern rechnen, wenn sie ihre Jahresabschlüsse nicht einreichen.

Für Kleinstkapitalgesellschaften, die an zwei aufeinanderfolgenden Abschlussstichtagen zwei der folgenden Merkmale nicht überschreiten (Bilanzsumme bis 350.000 €, Umsatzerlöse bis 700.000 € und durchschnittlich 10 beschäftigte Arbeitnehmer) sieht das Gesetz Erleichterungen vor:

Sie müssen unter bestimmten Voraussetzungen keinen Anhang erstellen. Hierfür müssen bestimmte Angaben unter der Bilanz ausgewiesen sein: Angaben zu den Haftungsverhältnissen, Angaben zu den Vorschüssen oder Krediten, die an Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Beirats oder Aufsichtsrats gewährt wurden, erforderliche Angaben zu den eigenen Aktien der Gesellschaft (bei einer Aktiengesellschaft). Zusätzlich können in besonderen Fällen Angaben nötig sein, wenn der Abschluss kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wiederspiegelt.

Zudem werden Optionen zur Verringerung der Darstellungstiefe im Jahresabschluss eingeräumt.

Zwischen Offenlegungspflicht durch Veröffentlichung (Bekanntmachung der Rechnungslegungsunterlagen) oder durch Hinterlegung der Bilanz kann gewählt werden. Die elektronische Einreichung der Unterlagen beim Betreiber des Bundesanzeigers ist auch für die Hinterlegung vorgeschrieben.

Das Bundesamt für Justiz wird die Kapitalgesellschaften und auch die GmbH & Co. KGs von Amts wegen auffordern, den Jahresabschluss für nach dem 31. Dezember 2014 begonnene Geschäftsjahre innerhalb von sechs Wochen einzureichen und ein Ordnungsgeld androhen. Mit der Anforderung ist gleichzeitig eine Mahngebühr fällig, die auch nach verspäteter Einreichung nicht erlassen bzw. angerechnet wird.

→ Körperschaftsteuer

Liquidation der GmbH

KSt-Guthaben kann verloren gehen

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2000 die Besteuerung von Kapitalgesellschaften und ihren Anteilseignern vom Anrechnungsverfahren auf das Halbeinkünfteverfahren (seit 2009 Teileinkünfteverfahren) umgestellt. Bis zum Jahr 2006 wurde, wenn die Kapitalgesellschaft Gewinne ausschüttete, das im Zeitpunkt der Umstellung vorhandene Körperschaftsteuerguthaben regelmäßig mit 1/6 des Ausschüttungsbetrags erstattet (sog. ausschüttungsabhängige Realisierung des Körperschaftsteuerguthabens). Die Verteilung des Vermögens einer Kapitalgesellschaft im Rahmen einer Liquidation steht einer Ausschüttung gleich.

Nach Auffassung des Bundesfinanzhofs ist es verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, dass die Körperschaftsteuererminderung auf 1/6 des im Rahmen der Liquidation verteilten Vermögens begrenzt wurde. Dies gilt selbst für den Fall, dass die Kapitalgesellschaft nicht über ausreichendes Vermögen verfügt, sodass das Körperschaftsteuerguthaben ganz oder teilweise endgültig verfällt.

Erst 2007 hat der Gesetzgeber das Verfahren umgestellt. Ab 2008 wird das Körperschaftsteuerguthaben in zehn Jahresbeträgen unabhängig von Ausschüttungen zurückgezahlt.

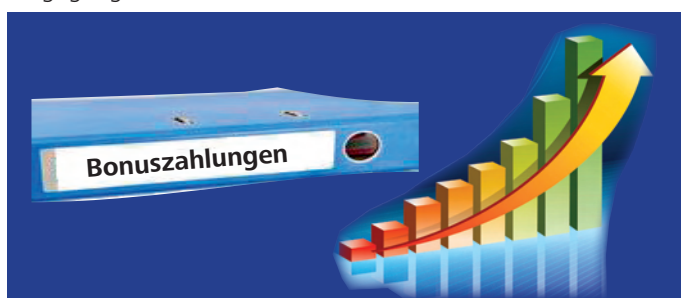
→ Körperschaftsteuer

Gewinnausschüttungen

Verwendungsreihenfolge nicht frei wählbar

Gewinnausschüttungen und sonstige Bezüge aus Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft unterliegen, soweit nicht der gesonderte Steuertarif anwendbar ist, in der Regel der Besteuerung nach dem Teileinkünfteverfahren. Steuerfrei ist lediglich die Verwendung von Eigenkapitalbeträgen aus dem steuerlichen Einlagekonto. Das kann nur der Fall sein, soweit ausgeschüttete Beträge die Summe der am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahrs zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Gewinne übersteigen.

Mit dieser Begründung hat der Bundesfinanzhof die Auszahlung eines Teils der Kapitalrücklage an den Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft im Jahr 2002 als steuerpflichtig angesehen. Die Ausschüttung basierte darauf, dass der Gesellschafter ohne eine Gegenleistung den Geschäftsanteil an einer GmbH in die Kapitalgesellschaft eingebracht hatte. Es wurde aus diesem Anlass vereinbart, dass dem einbringenden Gesellschafter die dadurch entstandene Kapitalrücklage allein zustehen sollte. Sie wurde als EK 04 festgestellt. Zwei Jahre später erfolgte die Auszahlung aus einem Teil der Kapitalrücklage an den Gesellschafter. Er war der Meinung, dass es sich trotz eines ausreichenden Gewinnvortrags um eine nicht steuerbare Verwendung aus dem steuerlichen Einlagekonto handle. Dieser Auffassung ist der Bundesfinanzhof entgegengetreten.



→ Schenkungsteuer

Verdeckte Gewinnausschüttung

Auch Schenkungsteuer?



Eine verdeckte Gewinnausschüttung liegt vor, wenn eine Kapitalgesellschaft eine gewinnmindernde Vermögensminderung zulässt bzw. Vermögensmehrung verhindert und diese Handlungsweise durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst ist. Hierbei handelt es sich häufig um zu hohe Mieten oder Tätigkeitsvergütungen für den Gesellschafter. Der steuerliche Gewinn der Kapitalgesellschaft ist dann um den Betrag der verdeckten Gewinnausschüttung zu erhöhen und führt bei ihr regelmäßig zu Steuernachzahlungen.

Auch wenn in diesem Fall Leistung und Gegenleistung nicht ausgewogen sind und Elemente einer Schenkung vorliegen, fällt nach einem Urteil des Finanzgerichts Münster keine Schenkungsteuer an, weil die Einkünfte des Gesellschafters durch Erwerbshandlungen am Markt erzielt und hierauf Einkommensteuern festgesetzt wurden.

Gegen das für den Steuerpflichtigen günstige Urteil wurde Revision beim Bundesfinanzhof eingelegt, der jetzt entscheiden muss.

→ Umsatzsteuer

Geschäftsführende Holding

Auswirkung auf Vorsteuerabzug

Ist eine Holdinggesellschaft geschäftsleitend für ihre Tochtergesellschaften tätig, steht ihr insoweit der volle Vorsteuerabzug aus bezogenen Leistungen für ihr Unternehmen zu. Die Teilnahme an der Verwaltung von Tochtergesellschaften ist als Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit zu beurteilen. Es kann sich um administrative, finanzielle, kaufmännische oder auch technische Tätigkeiten handeln. Durch diese Betrachtung sind selbst Umsatzsteuerbeträge für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem oder zum Erwerb solcher Beteiligungen als Vorsteuer abzugsfähig. Aufgrund gleichzeitig vorliegender wirtschaftlicher, organisatorischer und finanzieller Eingliederung von Tochterkapitalgesellschaften in die Holding kann ein Organschaftsverhältnis vorliegen. Auch eine GmbH & Co. KG ist in diesem Zusammenhang als Kapitalgesellschaft zu behandeln und umsatzsteuerrechtlich in den Organkreis einzubeziehen. Wird die geschäftsleitende Tätigkeit der Holdinggesellschaft nur bei einem Teil ihrer Beteiligungsgesellschaften ausgeübt, ist bezüglich allgemeiner Kosten der Holding eine Aufteilung der Vorsteuerbeträge in abzugsfähige und nicht abzugsfähige Beträge vorzunehmen. Die vorstehenden Grundsätze ergeben sich aus einem Urteil des Bundesfinanzhofs.

Lebensweisheit

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Bilder: DBB DATA / Fotolia / Wittwer & Partner

IMPRESSUM

Karin Neugebauer – c/o DBB DATA StBG
Carsten Jäger – c/o DBB DATA StBG
Hessenring 99 B – 61348 Bad Homburg
Internet: www.data-verbund.de